

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG  
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

# Wochenbericht

25. Jahrgang

Berlin, den 19. Dezember 1958

Nummer 51/52

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

## Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft um die Jahreswende 1958/59

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft  
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Bonn:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung  
(Institut für Konjunkturforschung), Berlin

Hamburgisches Weltwirtschaftsarchiv  
Hamburg

Ifo — Institut für Wirtschaftsforschung  
München

Institut für landwirtschaftliche Marktforschung  
Braunschweig-Völkenrode

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschafts-  
forschung, Essen

### Die Lage der Weltwirtschaft

Die konjunkturelle Situation in der westlichen Welt ist gegenwärtig stark differenziert. Während sich in den Vereinigten Staaten eine wirtschaftliche Erholung durchgesetzt hat, herrschen in Europa Abschwächungstendenzen vor. Die gesamte Industrieproduktion der westlichen Länder nimmt seit einiger Zeit wieder leicht zu. Auch der Welthandel ist nicht weiter zurückgegangen. Auf den Weltwarenmärkten haben sich die Preise weitgehend stabilisiert. Die Zahlungsbilanzen der meisten westeuropäischen Länder verbesserten sich weiter. Die nach wie vor angespannte außenwirtschaftliche Lage der Rohstoffländer wurde durch zusätzliche Kapitalbereitstellung erleichtert.

Die Wirtschaft der Vereinigten Staaten hat sich früher als allgemein erwartet wieder von ihrem Rückschlag erholt. Das Brutto-sozialprodukt dürfte wertmäßig im Laufe des vierten Quartals 1958 den alten Höchststand überschritten haben, jedoch konnte real der Produktionsrückgang noch nicht wieder wettgemacht werden. Auch für die kommenden Monate darf in den Vereinigten Staaten mit einem weiteren, wenn auch verlangsamten Wachstum von Produktion und Beschäftigung gerechnet werden.

Zu der bisherigen Belebung hat die öffentliche Hand entscheidend beigetragen. Die Einflüsse der

„built-in-stabilizers“ — die Sozialversicherungsleistungen und die Progression des Steuersystems — wurden durch gezielte konjunkturstützende Maßnahmen, wie Förderung des privaten Wohnungsbaus und Forcierung des Straßenbaus, ergänzt. In gleicher Richtung wirkten Auftragserteilung und Ausgaben im Bereich der nationalen Verteidigung sowie erhöhte Aufwendungen zur Preisstützung landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Zusammenhang mit der diesjährigen Rekordernte. Im Gegensatz zu der jüngsten Entwicklung werden jedoch in den kommenden Monaten von den Ausgaben der amerikanischen Bundesregierung geringere expansive Impulse ausgehen, da das zuletzt erreichte Ausgabenniveau nach den neuesten Voranschlägen nur noch wenig überschritten werden dürfte. Bei weiterem Anstieg von Einkommen und Beschäftigung werden steigende Steueraufkommen und verringerte Unterstützungszahlungen zu einer Verminderung des Haushaltsdefizits und damit zu einer gewissen Dämpfung der Aufwärtsbewegung führen. Die Ausgaben der Staaten und Gemeinden werden ihren langfristig steigenden Trend weiter beibehalten, wenn auch der Anreiz für zusätzliche Investitionen mit der erneuten Kreditverteuerung wieder geringer geworden ist.

Die erhöhten Aufwendungen für den privaten Wohnungsbau bildeten in der zweiten Hälfte des Jahres 1958 einen entscheidenden Auftriebsfak-

tor. Sie werden auch in der nächsten Zeit noch wachsen, jedoch ist infolge der Erschwerung der Finanzierungsbedingungen im weiteren Verlauf des Jahres 1959 nur mit etwa gleichbleibenden Bauausgaben zu rechnen.

Unter dem Einfluß wieder zunehmender Umsätze und Auftragseingänge scheint der Tiefpunkt bei den privaten Anlageinvestitionen überschritten zu sein. Ihre für das kommende Jahr erwartete leichte Zunahme wird überwiegend Ausrüstungsinvestitionen betreffen, die der Rationalisierung dienen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß im Verlauf einer weiteren wirtschaftlichen Belebung die Investitionsausgaben über die jetzt vorliegenden Planungen hinausgehen werden.

Von den Lagerdispositionen sind in der zweiten Jahreshälfte starke expansive Anregungen ausgegangen. Da auf Grund der steigenden Endnachfrage der Anreiz zu einem weiteren Lagerabbau wegfallen wird, andererseits aber auch bei geringerem Fortschrittstempo und überall kurzen Lieferfristen ein nennenswerter Lageraufbau nicht notwendig erscheint, werden die Lagerdispositionen als expansiver Faktor künftig an Bedeutung verlieren.

Das verfügbare Einkommen, das während der Rezession nur geringfügig zurückgegangen war, nahm im Laufe des Jahres auf Grund weiter steigender Transfereinkommen und auf Grund der mit der wirtschaftlichen Belebung ebenfalls leicht steigenden Arbeitseinkommen erneut zu. Daher war der gesamte private Verbrauch, wie schon bei früheren konjunkturellen Abschwächungen, auch 1958 bei hoher Sparquote eine wichtige Konjunkturstütze. Der seit Jahren zu beobachtende Aufwärtstrend bei den Aufwendungen für Dienstleistungen wurde auch in diesem Jahre nicht unterbrochen. Die Ausgaben für nichtdauerhafte Güter überschritten schon im zweiten Quartal 1958 ihren alten Höchststand. Dabei ist bemerkenswert, daß auch die Umsätze der Textil- und Bekleidungsindustrie zunahmen. Bei den dauerhaften Konsumgütern ist dagegen nur eine leichte Belebung zu verzeichnen. Die lebhaftere Wohnungsbautätigkeit dürfte sich im kommenden Jahr auf den Absatz der Haushaltsgüter günstig auswirken. Auch eine Zunahme der Automobilmachfrage im Jahre 1959 erscheint sicher; das Ausmaß der Absatzsteigerung ist jedoch immer noch nicht abzuschätzen. Eine kräftigere Belebung des Automobilabsatzes würde die Expansion stark anregen.

Der Produktionsanstieg, der sich vor dem Hintergrund beachtlicher Kapazitätsreserven vollzog, war mit überdurchschnittlichen Produktivitätsfortschritten verbunden. Bei anhaltender Erholung sind vorerst auch weiterhin hohe Produktivitätssteigerungen zu erwarten. Die Kosteneinsparungen dienen überwiegend der Erhöhung der zum Teil stark gedrückten Gewinnmargen der Wirtschaft. Hieran wird sich auch in der näch-

sten Zeit kaum etwas ändern. Doch auch so bieten die Produktivitätsfortschritte — wenigstens vorerst — eine gewisse Gewähr für die Aufrechterhaltung der in den letzten Monaten erreichten Preisstabilität. Dies auch dann, wenn sich die Steigerungen der Lohnsätze, die um die Jahresmitte zum Stillstand gekommen sind, erneut durchsetzen sollten. Da die Zunahme der Beschäftigung nicht mit der Produktionssteigerung Schritt gehalten hat, ist die Lage am Arbeitsmarkt noch immer sehr unbefriedigend.

Schon im Spätsommer hat das Federal Reserve System seine Politik des billigen Geldes zugunsten eines restriktiveren Kurses aufgegeben; es hat diesen allerdings in den letzten Wochen nicht mehr verschärft. Die Gefahr, daß die Kreditverteilung die Durchführung zinsempfindlicher Investitionen — etwa der Staaten und Gemeinden und im Wohnungsbau — vorzeitig erschwert und damit die Wirtschaftserholung beeinträchtigt, ist gegeben. Wenn sich das Federal Reserve Board dennoch entschlossen hat, das Mittel der restriktiven Kreditpolitik schon zu Beginn der wirtschaftlichen Erholung einzusetzen, so erklärt sich dies aus der Befürchtung, einer späteren Übersteigerung auf Grund der Liquiditätsreserven von Banken und Unternehmungen nicht wirksam entgegenzutreten zu können, wie sich dies im letzten Aufschwung gezeigt hat.

Die amerikanischen Einfuhren haben unter dem binnenwirtschaftlichen Nachfragerückgang nur wenig gelitten. Sie lagen bis zum Herbst 1958 dem Werte nach nur geringfügig unter ihrem entsprechenden Vorjahrsstand. Ein unverändert hoher Kapitalexport der Vereinigten Staaten erhöhte bei beträchtlich vermindertem Überschuß der Leistungsbilanz die Währungsreserven in der übrigen Welt, vor allem in den Industrieländern. Die wirtschaftliche Erholung dürfte in der ersten Jahreshälfte 1959 nicht zu nennenswerten Einfuhrsteigerungen führen, jedoch könnte die Anhebung des Zinsniveaus den bisherigen Kapitalabfluß etwas eindämmen. Andererseits wird sich die Tatsache, daß die Gefahr stärkerer deflatorischer Einbrüche in den Vereinigten Staaten jetzt gebannt ist, psychologisch günstig auf die Erwartungen der Unternehmer in Europa und damit auf ihre Dispositionen auswirken.

In Westeuropa haben sich die bereits im Sommer d. J. sichtbaren Abschwächungstendenzen fortgesetzt. In Großbritannien ist die seit Jahresfrist erkennbare Stagnation sogar in Schrumpfung übergegangen. Selbst in Frankreich, wo die Wirtschaft bis Ende vorigen Jahres noch besonders stark expandierte, scheint sich ein absoluter Rückgang des Sozialproduktes anzubahnen. In Italien und der Bundesrepublik Deutschland, und nach überwundener Abschwächung auch in den Niederlanden, nimmt das Sozialprodukt in beachtlichem Ausmaß weiter zu.

Die Ursachen für diese Entwicklung müssen in den verschiedenen Bereichen der Nachfrage ge-

19. JAN. 1959

sucht werden. Von wenigen Ausnahmen abgesehen hat die private Investitionsneigung nachgelassen. Die Zurückhaltung der privaten Investoren erklärt sich vor allem aus den geringeren Gewinnchancen. Dabei fällt besonders ins Gewicht, daß die privaten Anlageinvestitionen in den letzten Jahren sehr hoch waren, und der Kapazitätseffekt die Produktionsmöglichkeiten vorerst über die Nachfrage hat hinauswachsen lassen. Neben den in einzelnen Ländern verminderten Anlageinvestitionen ist eine schon längere Zeit anhaltende Verringerung der Lagerinvestitionen zu verzeichnen. Der Rückgang der industriellen Produktion in Großbritannien läßt sich in erster Linie aus einem Lagerabbau erklären.

Von den öffentlichen Haushalten gingen in den letzten Monaten kaum noch expansive Wirkungen aus. Immerhin erwiesen sich die öffentlichen Investitionen in einer großen Anzahl von westeuropäischen Ländern als eine wichtige Konjunkturstütze. Insbesondere gilt das von dem überwiegend staatlich finanzierten Wohnungsbau.

Der private Verbrauch ist in allen westeuropäischen Ländern in den letzten Monaten noch weiter gestiegen, wenn auch nicht mehr so stark wie das verfügbare Einkommen. In Verbindung mit den von der Zahlungsbilanzgestaltung ausgehenden Verflüssigungstendenzen hat dies zu einem erhöhten Angebot an Geldkapital geführt und damit den Kapitalzins herabgedrückt, eine Entwicklung, bei der die Diskontpolitik vielfach nur noch eine konstatierende Rolle spielt.

Vom Export wurde die Wirtschaftstätigkeit Westeuropas in letzter Zeit nur noch wenig angeregt. Auch bei den Ländern, deren Export bisher besonders erfolgreich war, nahm das Ausfuhrvolumen bei leicht sinkenden Preisen nur noch in bescheidenem Maße zu. Wenn sich gleichwohl die Zahlungsbilanzsituation in den meisten Ländern günstiger gestaltete, so war dies vor allem auf die Entwicklung der Einfuhr zurückzuführen, für die durchweg niedrigere Preise zu zahlen waren. Absolute Zunahmen des Einfuhrvolumens waren in den letzten Monaten nur noch in ganz wenigen Fällen feststellbar (Bundesrepublik Deutschland). Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland erzielten in ihren Leistungsbilanzen weiterhin Rekordüberschüsse. Frankreichs Zahlungsbilanzsituation wurde durch die günstigere Außenhandelsgestaltung ebenfalls erheblich erleichtert, wobei die Währungsabwertung eine wichtige Rolle spielte. Die französische Währungsreserve hat wieder zugenommen. Auch die Beneluxländer sowie Italien konnten ihre Währungsreserven weiter anreichern. Schweden hingegen mußte infolge beträchtlicher Schrumpfung seiner Ausfuhr in letzter Zeit einen Rückgang seiner Währungsreserve in Kauf nehmen. Die Entspannung der westeuropäischen Zahlungsbilanzsituation ging allerdings zum Teil auf Kosten der überseeischen Rohstoffländer.

Unter dem Einfluß der veränderten Angebot-Nachfrage-Konstellation hat sich das Preisklima in Westeuropa zunehmend beruhigt. Wenn dennoch die Lebenshaltungskosten in einzelnen Ländern weiter steigen, so ist dies überwiegend auf Verteuerungen in der außerindustriellen Sphäre zurückzuführen.

Durchweg haben die westeuropäischen Länder aus der konjunkturellen Abschwächung kreditpolitische Konsequenzen gezogen, die indessen bisher eine Umkehr der Entwicklung nicht herbeiführen konnten. Da auch seitens der öffentlichen Haushalte vorerst nur allmählich zusätzliche expansive Wirkungen erwartet werden können und von der konjunkturellen Entwicklung in den Vereinigten Staaten in den nächsten Monaten kaum Anregungen auf die westeuropäische Konjunktur ausgehen dürften, verstärkt sich der Eindruck, daß für die nächste Zeit mit einem Anhalten der gegenwärtigen Stagnation, wenn nicht gar mit einer Abschwächung in Westeuropa gerechnet werden muß.

Selbst wenn man die Folgen einer solchen Entwicklung für die Beschäftigung noch als tragbar ansehen würde, so kann der damit verbundene Verlust an wirtschaftlichem Wachstum die notwendigen strukturellen Veränderungen innerhalb des westeuropäischen Wirtschaftsraums erschweren, weil diese sich selbstverständlich leichter bei wachsender als bei stagnierender oder gar schrumpfender Wirtschaft durchsetzen lassen.

Die Welthandelsumsätze sind im zweiten Vierteljahr dieses Jahres konjunkturell sowohl nominal als auch real noch leicht gesunken; dieser Rückgang dürfte sich im zweiten Halbjahr des laufenden Jahres kaum noch fortgesetzt haben. Die Frachtraten sind in den letzten Monaten nicht weiter gefallen.

Die Rohstoffpreise haben sich seit Jahresmitte annähernd stabilisiert, vor allem unter dem Einfluß von Angebotseinschränkungen und weniger infolge allgemeiner Nachfragebelebung. Im einzelnen war die Preisentwicklung recht unterschiedlich. Am wenigsten wichen die Nahrungsmittelpreise von der Gesamttendenz ab. Bei den wichtigeren NE-Metallen und Kautschuk haben sich dagegen seit einiger Zeit Preiserhöhungen durchgesetzt, die überwiegend durch exogene Faktoren verursacht waren. Dazu gehörten Streiks im Kupferbergbau, die Angebotszurückhaltung auf Grund der marktregulierenden Abkommen sowie verstärkte sowjetische Kautschukkäufe. Im Gegensatz dazu standen die Preise der Textilrohstoffe aus konjunkturellen Gründen (verminderter Verbrauch) unter Druck. Gleichzeitig wirkte sich auch die Zunahme der Baumwollproduktion aus.

Trotz der annähernden Stabilität der Rohstoffpreise sind die durchschnittlichen Einfuhrpreise der Industrieländer bis in das dritte Vierteljahr hinein gesunken. Dies ist dar-

auf zurückzuführen, daß vielfach langfristig abgeschlossene Kaufverträge eine rasche Anpassung an die veränderte Marktlage verhindern. Die Ausführpreise der Industrieländer, die in der ersten Jahreshälfte etwa auf dem erreichten Niveau verharrten, tendieren seit Jahresmitte nach unten; offensichtlich hat sich der Konkurrenzdruck auf dem Weltmarkt als Folge der unbefriedigenden Absatzlage auf den Binnenmärkten der Industrieländer verstärkt. Ihre „terms of trade“, die sich bis in die jüngste Zeit hinein verbessert haben, dürften sich im nächsten Jahr eher verschlechtern.

Die Rohstoffländer wurden von den Auswirkungen der Baisse an den Rohwarenmärkten in unterschiedlichem Maße berührt. Vor allem die Exporterlöse des äußeren Sterlinggebietes gingen stark zurück. Die Einfuhr dieses Gebietes verminderte sich dagegen bedeutend weniger. Die Überbrückung der außenwirtschaftlichen Schwierigkeiten gelang den Rohstoffländern durch Rückgriff auf ihre Währungsreserven sowie durch Inanspruchnahme der von den Industrieländern und internationalen Institutionen verstärkt bereitgestellten Kredite und Kapitalhilfen sehr viel besser, als vielfach erwartet worden war. Dadurch wurde es ihnen möglich, die von der Außenwirtschaft kommenden kontraktiven Einflüsse auf ihre innerwirtschaftliche Entwicklung in Grenzen zu halten. Wenn auch die Nachfrage nach Rohstoffen zunächst kaum nennenswert zunehmen dürfte, so werden sich doch die „terms of trade“ für die Rohstoffländer voraussichtlich etwas günstiger gestalten und damit deren außenwirtschaftliche Situation erleichtern.

In den Vereinigten Staaten ist zwar eine bessere Nutzung des durch umfangreiche Investitionen in den letzten Jahren stark ausgeweiteten Produktionsapparates künftig wahrscheinlich, doch wird die Produktion noch auf etwas längere Sicht hinter den Möglichkeiten zurückbleiben. Auch in Westeuropa hat die konjunkturelle Abschwächung einen Grad erreicht, der Wachstums- und Beschäftigungsprobleme wieder etwas mehr in den Vordergrund des öffentlichen Interesses rückt, zumal sich die Zahlungsbilanzsituation hier entspannt und das Preisklima weitgehend beruhigt hat. Es verstärkt sich der Eindruck, daß in einzelnen Ländern Westeuropas eine Intensivierung der aktiven Konjunkturpolitik zu einer besseren Nutzung der vorhandenen Produktionsmöglichkeiten führen könnte, ohne daß damit innere und äußere finanzielle Stabilität gefährdet würden.

Eine bessere Nutzung der vorhandenen Produktivkräfte sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Westeuropa ist schon deshalb erwünscht, weil nur so die notwendige Steigerung der Einfuhr der Industrieländer aus den Rohstoffländern herbeigeführt werden könnte, an der, nicht zuletzt aus weltpolitischen Gründen, ein vitales Interesse besteht.

## Die Lage der westdeutschen Wirtschaft

Produktion, Beschäftigung und Einkommen sind in Westdeutschland bei stabilem, vielleicht sogar leicht sinkendem gesamtwirtschaftlichen Preisniveau auch in der zweiten Hälfte des Jahres 1958 weiter gestiegen. Das Tempo des wirtschaftlichen Wachstums ist zwar geringer als in den vorausgegangenen Jahren, in Anbetracht der auf dem Arbeitsmarkt gegebenen Begrenzung aber als durchaus befriedigend anzusehen. Alles in allem vollzieht sich die konjunkturelle Entwicklung unter Bedingungen, die für die nächste Zeit weder Rückschlag noch Überhitzung befürchten lassen.

Das Bruttosozialprodukt wird sich im zweiten Halbjahr 1958 seinem Nominalwert nach — gegenüber dem Vorjahr — um schätzungsweise etwa 6 vH erhöht haben, also etwa ebenso stark wie im ersten Halbjahr.

Die Konstellation der Kräfte, die zu dieser Ausweitung der Gesamtnachfrage beitrugen, hat sich freilich gegenüber der ersten Hälfte des Jahres gewandelt. Die Investitionsausgaben, die im ersten Halbjahr wegen des witterungsbedingten Rückschlags der Bauinvestitionen in ihrem Wachstum zum Stillstand gekommen waren, sind wieder verhältnismäßig kräftig gestiegen, wozu als treibende Kraft die Senkung des Zinsniveaus beigetragen hat. Gewisse Impulse gingen sodann auf die Gesamtnachfrage von der Leistungsbilanz aus, da sich die Ausfuhr konjunkturell wieder etwas belebt hat. Der Einkommenskreislauf hätte sich noch stärker erweitert, hätten nicht inlands-wirksame Einnahmenüberschüsse der öffentlichen Haushalte entgegengewirkt.

Die Befürchtungen, die um die Jahresmitte vielfach bezüglich der Entwicklung der Investitionstätigkeit und des Exports und damit der Entwicklung des wirtschaftlichen Wachstums gehegt worden waren, haben sich somit nicht bestätigt. Tatsächlich hat sich die Rate des realen Wachstums in der zweiten Jahreshälfte wieder etwas erhöht; das Bruttosozialprodukt ist seinem Realwert nach gegenüber dem Vorjahr um reichlich 3 vH gestiegen; im ersten Halbjahr hatte die Wachstumsrate etwas mehr als 2 vH betragen. Die Diskrepanz zwischen nominalem und realem Wachstum hat sich in der letzten Zeit verringert.

### Leichte Verlangsamung im Wachstum des Einkommens und des Verbrauchs

Die konjunkturelle Aufwärtsbewegung des Arbeitseinkommens hat bis in die jüngste Zeit hinein unvermindert angehalten. Dazu hat die stetige Zunahme der Beschäftigtenzahl beigetragen. Zwar wurde die effektive Arbeitszeit in der zweiten Hälfte dieses Jahres weniger stark eingeschränkt als im ersten Halbjahr, dafür sind aber die Lohn- und Gehaltssätze schwächer gestiegen.

Da die Abzüge für Steuern und Sozialversicherung im zweiten Halbjahr 1958 langsamer zunahm als die Bruttolohn- und -gehaltssumme, wuchs das Nettoarbeitseinkommen beschleunigt. Das gilt auch für das Netto-Einkommen je Beschäftigten aus Lohn und Gehalt. Die Entwicklung der Konsumgüterpreise brachte es mit sich, daß der Realwert dieses Einkommens sein Vorjahrsniveau verhältnismäßig stark überschritt.

Wenn trotz des beschleunigten Wachstums des Netto-Einkommens aus Lohn und Gehalt das Masseneinkommen in der zweiten Jahreshälfte langsamer zunahm als in der ersten, so lag das daran, daß sich die Zunahme des Einkommens aus Renten, Pensionen und Unterstützungen in dieser Zeit verringerte.

Das Brutto-Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ist, in Wachstumsraten betrachtet, in der zweiten Jahreshälfte etwa ebenso stark wie im ersten Halbjahr gestiegen. Seine Steuerbelastung ist seit Jahresmitte nicht unbedeutend größer geworden, so daß das Netto-Einkommen im ganzen wie vermutlich auch die Entnahmen der Selbständigen im zweiten Halbjahr verlangsamt zunahm. Diese Entwicklung der Selbständigeneinkommen hat dazu geführt, daß sich deren Anteil am gesamten Netto-Einkommen ein wenig verringerte.

Infolge der langsameren Zunahme sowohl der Masseneinkommen als vermutlich auch der Entnahmen haben die den privaten Haushalten insgesamt zur Verfügung stehenden Einkommen weniger stark zugenommen als in der ersten Hälfte dieses Jahres; ihre Wachstumsrate betrug schätzungsweise 6 vH gegenüber 8 vH im ersten Halbjahr.

Der private Verbrauch folgte der Entwicklung der hierfür verfügbaren Einkommen weitgehend; er ist in der zweiten Jahreshälfte (+ 5 vH) weniger stark gewachsen als im ersten Halbjahr (+ 7 vH). Die Sparquote hat sich somit nicht nennenswert verändert; sie betrug im zweiten Halbjahr 8 bis 9 vH.

Die Nachfrage der Konsumenten hat sich in der zweiten Jahreshälfte noch mehr als bisher langlebigen Verbrauchsgütern und Dienstleistungen zugewandt. Daß die Nachfrage nach traditionellen Konsumgütern mit den gesamten privaten Ausgaben nicht Schritt hielt, ist allerdings auch darauf zurückzuführen, daß die Voraussetzungen für ihre Entfaltung (Witterung, Mode) vielfach ungünstig blieben.

In den nächsten Monaten ist mit einem weiteren, wenn auch nochmals verlangsamten Wachstum des privaten Verbrauchs zu rechnen. Dafür spricht die voraussichtliche Entwicklung der verfügbaren Einkommen.

Tendenzen zur Abschwächung des Einkommenswachstums gehen von der Entwicklung der Beschäftigung, insbesondere aber von der der

Lohn- und Gehaltssätze aus: Die Zahl der Arbeitskräfte wird bei zunächst mindestens gleichbleibender Verminderung der Arbeitszeit vermutlich weniger zunehmen als bisher. Die Lohn- und Gehaltsaufbesserungen dürften ein geringeres Ausmaß annehmen, da bei eher verringertem Kreis der Beteiligten die durchschnittliche Erhöhung voraussichtlich kleiner sein wird als im zweiten Halbjahr 1958.

Auf eine Verlangsamung im Wachstum des Masseneinkommens wird wahrscheinlich auch die Entwicklung der übertragenen Einkommen hinwirken.

#### Stabiles Preisniveau

Der Preisverlauf stand im letzten halben Jahr stärker als zuvor unter dem Einfluß rückläufiger Importpreise.

Das gesamtwirtschaftliche Preisniveau ist seit dem Sommer nicht weiter gestiegen. Ausschlaggebend dafür war die leichte Verbilligung der Lebenshaltung, die in erster Linie auf Preissenkung bei den Ernährungsgütern beruhte. Auch die Verbraucherpreise für Bekleidung gingen in den letzten Monaten etwas zurück. Im Bereich der Anlageinvestitionen waren die Preise insgesamt seit Jahresmitte nahezu stabil, bei eher leicht steigender Tendenz.

Die bisher für Preissenkungen im Bereich des Nahrungsmittelverbrauchs günstigen Voraussetzungen werden in den kommenden Monaten teilweise verlorengehen: Die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte dürften nämlich im ganzen wieder steigen, weil das Angebot im Vergleich zur Nachfrage voraussichtlich knapper werden wird. Im industriellen Bereich bleiben demgegenüber die auf Preisstabilität gerichteten Tendenzen vermutlich weiter wirksam.

Die sich für die kommenden Monate abzeichnende Entwicklung von Angebot und Nachfrage läßt darauf schließen, daß sich das gesamtwirtschaftliche Preisniveau kaum verändern wird.

#### Investitionen — Stütze des Wachstums

Die Ausgaben der Wirtschaft für Anlageinvestitionen haben seit der Jahresmitte verhältnismäßig stark zugenommen. Sie sind für die zweite Jahreshälfte um 7 bis 8 vH höher als im Vorjahr zu schätzen. Auch konjunkturell hat sich damit wieder eine Belebung ergeben. Dabei hielt bei den Ausgaben für Maschinen und andere Ausrüstungsgüter der leicht steigende Trend (jährliches Wachstum 5 bis 6 vH) an. Bei der starken Steigerung der Ausgaben für Bauinvestitionen handelt es sich zum überwiegenden Teil um ein Nachholen von Bauprojekten, die in der ersten Hälfte des Jahres wegen der ungünstigen Witterung nicht hatten durchgeführt werden können.

Die Investitionstätigkeit hat somit im zweiten Halbjahr 1958 erheblich dazu beigetragen, daß das gesamte Sozialprodukt weiter gestiegen ist.

Ein Viertel des Zuwachses des Bruttosozialprodukts gegenüber dem zweiten Halbjahr 1957 entfällt auf die Steigerung der Ausgaben für Anlageinvestitionen.

Nicht ganz so stark wie die Investitionsausgaben sind freilich die Anlageinvestitionen ihrem Volumen nach gestiegen, da die Preise für die Investitionsgüter und Bauleistungen immer noch im Durchschnitt um 2 bis 3 vH höher sind als vor Jahresfrist. Da die „Produktivität“ in den für die Ausrüstungsinvestitionen tätigen Bereichen weiter verhältnismäßig kräftig zugenommen hat und auch ein wachsender Teil des Bedarfs an Investitionsgütern aus dem Ausland bezogen wurde, ergab sich von dieser Seite her allerdings kaum noch ein positiver Effekt auf die Beschäftigungssituation.

Dagegen hat die Bauwirtschaft seit dem Frühjahr eine sehr lebhafte Nachfrage nach Arbeitskräften entfaltet, so daß es da und dort wieder zu Verknappungen gekommen ist. Die Zahl der in der Bauwirtschaft Beschäftigten stieg über den Vorjahrsstand, und auch die Arbeitszeit mußte wieder verlängert werden.

Die Stetigkeit im Wachstum der Investitionen zeigt, daß sich die Wirtschaft im ganzen von der Verlangsamung im Tempo der Expansion und von den Produktionsrückgängen in einzelnen Wirtschaftszweigen in ihren Investitionsentscheidungen nicht negativ beeinflussen ließ. Gewiß erklärt sich dies zu einem großen Teil aus dem anhaltend hohen Rationalisierungsbedarf, hinter dem als treibende Kraft die laufende Erhöhung der Lohnkosten und die Verknappung an Arbeitskräften steht. Eng damit zusammen hängt das Bestreben, sich dem technischen Fortschritt laufend anzupassen. Daneben werden aber auch die Produktionsanlagen erweitert, vor allem in solchen Bereichen, die durch eine hohe Wachstumsrate der Nachfrage ausgezeichnet sind.

Selbst in den Wirtschaftszweigen, die gegenwärtig im Schatten der Konjunktur stehen, sind die Investitionen bisher noch nicht erkennbar gesunken, da sich hier immer noch Investitionsvorhaben realisieren, die auf früher getroffenen Entscheidungen beruhen.

Schließlich machte sich der positive Einfluß der allgemeinen Zinssenkung und der größeren Ergebigkeit des Kapitalmarktes auf die Investitionsentscheidungen der Unternehmer und der Investoren im Bereich der öffentlichen Hand immer stärker bemerkbar, während noch bis in die Sommermonate hinein die Erwartung sinkender Zinsen da und dort zu einer gewissen Zurückhaltung geführt haben mag.

Das gilt vor allem für die besonders kredit- und zinsabhängigen Bauinvestitionen. Die Projektierung von Bauten, wie sie in den Baugenehmigungen zum Ausdruck kommt, hat sich in den letzten Monaten stark erhöht, besonders

im Wohnungsbau. Hierzu hat außerdem beigetragen, daß öffentliche Mittel für Sonderzwecke in großem Umfang bereitgestellt wurden. Aber auch auf den anderen Sektoren der Bautätigkeit ist ein deutlicher Anstieg zu erwarten, so im Tiefbau.

Aus allen diesen Gründen ist damit zu rechnen, daß mit dem Beginn der Bausaison, normale Witterung vorausgesetzt, von den Investitionen verhältnismäßig starke expansive Wirkungen auf die Gesamtwirtschaft ausgehen werden, zumal die Ausrüstungsinvestitionen mindestens im gleichen Tempo zunehmen werden wie bisher.

#### Höchststand des Ausfuhrüberschusses erreicht?

Nach einem leichten konjunkturellen Rückgang in der ersten Jahreshälfte 1958 hat sich die Ausfuhr im zweiten Halbjahr, insbesondere in den Herbstmonaten, wieder etwas belebt. Die Einfuhr erhöhte sich nach dem in den Frühjahrsmonaten erreichten Tiefstand nur wenig. Eine erhebliche Zunahme weisen nur die Fertigwarenimporte auf.

Durch diese Entwicklung wird der Außenhandelsüberschuß in der zweiten Jahreshälfte einen neuen Höchststand von voraussichtlich nahezu 4 Mrd. DM erreichen. Zu diesem Ergebnis hat allerdings nicht zuletzt die anhaltende Verbesserung der „terms of trade“ beigetragen, sind doch die Einfuhrpreise im Durchschnitt weiterhin stärker gesunken, während die Ausfuhrpreise erst in den letzten Monaten merklich zurückgingen.

Der Aktivsaldo der Leistungsbilanz stieg konjunkturell ebenfalls weiter stark an, wenn auch wegen der gleichzeitig verringerten Aktivität der Dienstleistungsbilanz nicht ganz in demselben Maße wie der Handelsbilanzüberschuß. Insgesamt haben sich die von der Außenwirtschaft ausgehenden expansiven Einflüsse auf den inländischen Einkommenskreislauf verstärkt.

Der Passivsaldo der unentgeltlichen Leistungen und des Kapitalverkehrs gleicht nach wie vor nicht entfernt den hohen Überschuß der Leistungsbilanz aus. Bei den unentgeltlichen Leistungen dürfte er sich in den Grenzen der beiden vorausgegangenen Halbjahre gehalten haben. Im eigentlichen Kapitalverkehr war vermutlich der Kapitalausfuhrüberschuß zwar höher als im zweiten Halbjahr des Vorjahrs, jedoch niedriger als im ersten Halbjahr 1958.

Der Passivsaldo der gesamten Kapitalbilanz einschließlich der unentgeltlichen Leistungen dürfte somit im zweiten Halbjahr 1958 im Vergleich zum Vorjahrsstand keine wesentliche Erhöhung erfahren haben. So wird die starke weitere Aktivierung der Leistungsbilanz zu einer fast ebenso großen abermaligen Erhöhung der Aktivität auch des Gesamtsaldos der Leistungs- und Kapitalbilanz gegenüber dem entsprechenden Vorjahrszeitraum geführt haben.

Nach dem kräftigen Anstieg in der ersten Hälfte von 1958 zeigte der Auftragseingang aus dem Ausland seit Mitte des Jahres wieder eine rückläufige Tendenz. Dieser Rückgang dürfte sich in der tatsächlichen Exportentwicklung im ersten Halbjahr 1959 auswirken, trotzdem werden die Exporte kaum unter das Niveau der ersten Hälfte von 1958 fallen, zumal von dem Inkrafttreten der Zollsenkungen und Kontingenterweiterungen am 1. Januar 1959 in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft eine gewisse Anregung zu erwarten ist. Bei dem fortschreitenden konjunkturellen Wachstum der westdeutschen Wirtschaft wird mit dem Anhalten der bereits seit Frühjahr bemerkbaren Tendenz zur mengenmäßigen Importsteigerung zu rechnen sein. Die Importpreise dürften dagegen zunächst weiter zurückgehen. Somit wird sich auch die Einfuhr im Vorjahresvergleich nicht nennenswert erhöhen und sich daher auch der Aktivsaldo der Handelsbilanz voraussichtlich kaum verringern. Dagegen wird der Aktivsaldo der Dienstleistungsbilanz weiter abnehmen, so daß der Saldo der Leistungsbilanz im ganzen wohl etwas sinken wird. Macht, wie anzunehmen, die Kapitalausfuhr weitere Fortschritte, so würde sich der gesamte Leistungs- und Kapitalbilanzüberschuß erstmalig seit längerer Zeit verringern.

#### Unerwartete Kassenüberschüsse im Bundeshaushalt

Öffentlicher Verbrauch und öffentliche Investitionen zeigen eine Entwicklung, die sich in das gegenwärtige Wachstum des gesamten Sozialprodukts einordnet, wenn auch ihre Wachstumsrate im zweiten Halbjahr 1958 etwas größer sein wird als in der ersten Jahreshälfte.

Obwohl der Bundeshaushalt auf manchen Gebieten (z. B. Wohnungs- und Straßenbau) zu dieser Ausgabensteigerung beitrug, kam es hier im bisherigen Verlauf des Rechnungsjahres bei den inlandswirksamen Kassentransaktionen nicht zu dem erwarteten Defizit, sondern zu einem beträchtlichen Überschuß. Das lag in erster Linie daran, daß die Voranschläge der Verteidigungsausgaben, sodann aber auch die Planansätze auf Teilgebieten des zivilen Bereiches nicht erreicht wurden. Hingegen bestand die Ursache weniger in den gegenüber Jahresbeginn nun wieder kräftiger steigenden Steuereingängen.

Die Erhöhung der Steuereinnahmen schlug sich noch stärker in den Länderhaushalten nieder. Sie dürfte aber auch hier in letzter Zeit kaum zu einer zusätzlichen Aktivität auf der Ausgaben- seite geführt haben, die über das weitgehend durch den saisonalen Rhythmus der Bauwirtschaft bestimmte Maß hinausging. Diese Verbesserung hatte lediglich ein langsames Ansteigen der Länderschulden zur Folge.

Da der elastischere Teil der Gemeindeausgaben ebenfalls auf Bauinvestitionen entfällt, dürften hier dieselben Bestimmungsgründe für den Aus-

gabenverlauf gelten. Auch bei den Gemeinden blieb weiterhin eine Finanzierungslücke offen, die über den Kreditmarkt geschlossen werden mußte, obwohl die Steuereinnahmen, die zu Beginn des Rechnungsjahres unter Vorjahresniveau lagen, inzwischen wahrscheinlich wieder gestiegen sind.

Beim Lastenausgleichsfonds hielt die defizitäre Tendenz an.

Trotzdem dürfte sich für die Gebietskörperschaften (einschließlich Lastenausgleichsfonds) während der zweiten Hälfte dieses Jahres ein nicht unbedeutlicher Überschuß ergeben haben. Zur gleichen Zeit des Vorjahres hatten sie noch ein Kassendefizit in der Größenordnung von 700 Mill. DM.

Die Rentenversicherungen weisen weiterhin Überschüsse aus, obschon unverkennbar ist, daß die Einnahmesteigerung nicht mit der Zunahme ihrer Ausgaben Schritt halten konnte. Im Endeffekt wurden im Verlaufe dieses Jahres die Überschüsse daher ständig geringer. So dürften für das zweite Halbjahr 1958 die Mehreinnahmen bestenfalls noch die Hälfte der Überschüsse des entsprechenden Vorjahresabschnittes (rund 1,25 Mrd. DM) erreichen. Bei der Arbeitslosenversicherung ist mit etwa dem gleichen Überschuß wie im Vorjahr (270 Mill. DM) zu rechnen.

Auf Grund des bisherigen Verlaufs ist anzunehmen, daß die auf den inländischen Einkommenskreislauf einwirkenden Aufwendungen des Bundes während der letzten Monate des Haushaltsjahres ansteigen werden. Dies gilt für die Verteidigungsausgaben, wahrscheinlich auch für die Zivilausgaben. Da die Kasseneinnahmen in den nächsten Monaten ebenfalls steigen werden, ist damit zu rechnen, daß die inländischen Transaktionen die Kassenlage nicht beeinflussen. Die zu erwartende Zunahme der Auslandsausgaben wird kaum eine so weitgehende Erschöpfung der gegenwärtig noch vorhandenen Kassenreserven herbeiführen, daß noch in diesem Haushaltsjahr eine Inanspruchnahme des Kapitalmarktes von seiten des Bundes zu erwarten ist. Auch in den ersten Monaten des kommenden Rechnungsjahres wird von der Kassenlage her hierzu wohl kein Anlaß bestehen. Länder und Gemeinden werden demgegenüber weiterhin darauf angewiesen sein, einen Teil ihrer Investitionsausgaben durch erhöhte Verschuldung zu decken.

#### Reichliches Angebot an längerfristigen Finanzierungsmitteln

Die Liquidität der Wirtschaft, d. h. das Verhältnis der Kassenreserven zu den Umsätzen, hat sich in der zweiten Hälfte dieses Jahres weiter verbessert, obwohl die öffentlichen Haushalte in dieser Zeit größere inlandwirksame Kassenüberschüsse erzielten als in der ersten Jahreshälfte.

Die Geldversorgung der Wirtschaft nahm bei anhaltend hohen Devisenkäufen und seit dem Frühjahr verstärkter Kreditgewährung der Ban-

ken (einschl. Wertpapierkäufe) in nahezu gleichem Umfuge zu wie 1957. Anders als damals beschränkte sich die Kreditgewährung 1958 auf die längerfristigen Kredite, während die kurzfristige Kreditverschuldung der Wirtschaft nicht nur relativ, sondern auch absolut zurückging.

Die Geldkapitalbildung bei den Banken war in der zweiten Jahreshälfte vermutlich nicht unerheblich geringer als im zweiten Halbjahr 1957. Sie blieb im Sommerhalbjahr 1958 erstmals seit langem wieder hinter der längerfristigen Kreditgewährung einschl. der Wertpapierkäufe der Banken zurück, wenn auch nicht beträchtlich.

Die Emissionen festverzinslicher Wertpapiere nahmen nach der Jahresmitte sehr kräftig zu; in den Monaten Juli bis Oktober waren sie mit 4,2 Mrd. DM um rund 2,6 Mrd. DM größer als vor Jahresfrist. Der Absatz dieser Papiere, an dem die Kreditinstitute mit mehr als der Hälfte beteiligt waren, unterschritt den Emissionsbetrag erheblich. Dies galt insbesondere für die neu emittierten Bankschuldverschreibungen. Die ebenfalls kräftig erhöhten Emissionen öffentlicher Anleihen sind zwar zunächst voll abgesetzt worden, ihre endgültige Placierung durch die Bankenkonsortien steht aber teilweise noch aus.

Das massierte Angebot unterbrach im September/Oktober den bis dahin sinkenden Zinstrend; die Verzinsung der Wertpapiere war binnen Jahresfrist von 8 vH auf 5,5 vH zurückgegangen. Wenn die Emissionstätigkeit in den letzten Monaten dieses Jahres auch beschränkt wurde, so lag aus den genannten Gründen dennoch ein erhebliches Angebot an neu emittierten Rentenwerten vor, das im Zusammenhang mit den jahreszeitlich bedingten Liquiditätsanspannungen einen neuen Kursanstieg bisher noch kaum zuließ.

Sowohl die Zunahme der langfristigen Bankkredite als auch die Verstärkung des Absatzes neu emittierter festverzinslicher Wertpapiere wurde in diesem Jahre weit mehr als 1957 durch die Nachfrage nach Finanzierungsmitteln von Bereichen außerhalb der Wohnungswirtschaft (öffentliche Hand, Landwirtschaft) bestimmt.

Die Auszahlung von Hypotheken der Kapitalammelstellen für Wohnbauten waren nicht nennenswert größer als im Vorjahre. Die Zusagen haben das Vorjahrsniveau dagegen stark überschritten; sie waren bis zuletzt kräftig aufwärts gerichtet.

Diese Konstellation, die zweifellos weiter zunehmende Geldkapitalbildung und die sicherlich anhaltende, wenn vielleicht auch verlangsamte Zunahme der Bankenliquidität lassen erwarten, daß auch 1959 wieder ein abwärts gerichteter Trend des Kapitalzinses vorliegen wird. Alles spricht dafür, daß die Kreditpolitik diesen Prozeß nicht hemmen, sondern eher begünstigen wird. Der Zinsrückgang wird sich aber in weit engerem Rahmen halten, als das 1958 der Fall war. Daß die Nominalverzinsung der festverzins-

lichen Wertpapiere bei einem dem Paristand nahen Emissionswert nennenswert unter 5 % sinken wird, ist unwahrscheinlich. Es ist nämlich anzunehmen, daß bei einem solchen Zinssatz dem Kapitalangebot nicht nur inländische, sondern, im Gegensatz zu bisher, in spürbarem Umfuge ausländische Nachfrage gegenüberstehen wird.

### Kohle — Stahl — Textilien

Das Gesamtbild der Konjunktur wird auch gegenwärtig noch durch die Schwierigkeiten im Steinkohlenbergbau, in der Eisen- und Stahlindustrie und in der Textilindustrie etwas getrübt. Soweit es hier zu Entlassungen gekommen ist, sind diese durch die Steigerung der Nachfrage nach Arbeitskräften aus anderen Bereichen mehr als ausgeglichen worden.

Auf dem Stahlmarkt und auf den der Textilindustrie nachgelagerten Märkten sind im übrigen bereits Ansätze zu einer Bereinigung der Marktsituation zu erkennen. Die Vorräte, die auf diese Märkte drücken, nehmen ab, und die Produzenten haben durch Produktionseinschränkungen das Angebot vermindert.

Der steile Anstieg der Haldenbestände auf das jetzt erreichte Niveau von mehr als 14 Mill. t, in dem die Schwierigkeiten des Steinkohlenbergbaus am sichtbarsten zum Ausdruck kommen, ist in erster Linie auf den Rückgang des Kohleverbrauchs zurückzuführen. Der Rückgang (im dritten Vierteljahr um 7 vH gegenüber dem Vorjahr) ist einmal dadurch bedingt, daß die Produktion in kohleintensiven Industriezweigen, vor allem in der Eisen- und Stahlindustrie, stark gesunken ist. Zum anderen nimmt der spezifische Kohleverbrauch, d. h. der Kohleverbrauch je Produktionseinheit, gegenwärtig vor allem durch das Vordringen des Heizöls beschleunigt ab. Das Tempo des gesamtwirtschaftlichen Wachstums reicht schon seit einem Jahr nicht mehr aus, diesen Rückgang auszugleichen.

Die Absatzschwierigkeiten wurden dadurch vergrößert, daß die Verbraucher infolge der veränderten Marktsituation keinen Anlaß hatten, ihre bereits sehr hohen Lager während der vergangenen Sommermonate im saisonüblichen Umfange aufzubauen.

Dem Umschwung in der Marktlage konnte sich der Steinkohlenbergbau bisher kaum anpassen. Wohl ist durch den starken Rückgang der Einfuhren und den neuen Anstieg der Kohlexporte das inländische Angebot etwas entlastet worden. Nach wie vor ist es aber nicht gelungen, die heimische Förderung ausreichend zu reduzieren, obwohl immer häufiger Feierschichten eingelegt werden. Die Steinkohlenförderung lag im dritten Vierteljahr noch um 2 vH über dem Vorjahr. Erst im vierten Vierteljahr war sie — um schätzungsweise 5 vH — niedriger als 1957. Die Beschäftigungspolitik des Steinkohlenbergbaus geht auch dahin, durch Verminderung der Unter-



tagebelegschaft, sei es durch innerbetriebliche Versetzungen, sei es durch Einstellungsstop oder durch Entlassungen, die Förderung einzuschränken. Wie stets bei Absatzschwierigkeiten hat jedoch die Schichtleistung auch in den letzten Monaten verhältnismäßig stark zugenommen.

Bisher spricht wenig dafür, daß sich der Steinkohlenabsatz spürbar beleben und sich das Angebot aus heimischer Förderung stärker als bisher vermindern wird.

Neuerdings hat sich die Bundesregierung bereit erklärt, den Steinkohlenbergbau bei seinen Bemühungen um eine Anpassung von Angebot und Nachfrage zu unterstützen. Es bleibt abzuwarten, welche Maßnahmen hierfür beschlossen werden.

Der Kern der Schwierigkeiten, denen sich die Eisen- und Stahlindustrie seit Anfang 1958 gegenübergestellt sieht, liegt in den hohen Walzstahlvorräten, die in den vorausgegangenen Jahren unter dem Eindruck des Verkäufermarktes und steigender Preise bei den Verbrauchern und im Handel entstanden sind. Entsprechend der Entwicklung der Investitionstätigkeit ist der Stahlverbrauch laufend, wenn auch nur langsam, gestiegen. Da indes ein Teil des Stahlverbrauchs aus Lagern befriedigt wird, ist die inländische Nachfrage nach Stahl stark gesunken. Zudem drückten — vor allem in der ersten Hälfte des Jahres — noch verhältnismäßig hohe Einfuhren aus den Partnerländern der Montan-Union auf den westdeutschen Markt.

Die Stahlwerke haben, um die eigenen Lager nicht allzu stark ausdehnen zu müssen, ihre Produktion kräftig gedrosselt, gegenüber dem Höhepunkt vor einem Jahr um etwa 20 vH. Die gleichzeitige Einschränkung der Beschäftigung war bisher relativ gering.

Vor allem in den Sommermonaten dieses Jahres hatte die Stahlnachfrage aus dem Ausland dazu beigetragen, dem Rückgang der Inlandsnachfrage entgegenzuwirken. Dieser Ausgleich ist seitdem fortgefallen. Bei den Bemühungen um den Export sind die westdeutschen Stahlerzeuger angesichts des starken Wettbewerbsdrucks auf den internationalen Stahlmärkten zu erheblichen Preiszugeständnissen bereit.

Seit der Jahresmitte ist der Abbau der Lager in vollem Gange. Dennoch werden die von der Nachfrage ausgehenden Störungen des westdeutschen Stahlmarkts kaum vor dem Frühjahr des nächsten Jahres, wahrscheinlich sogar erst später, überwunden sein.

Die Absatzflaute der Textilindustrie hielt auch in der zweiten Hälfte dieses Jahres an. Allerdings haben sich die Umsätze des Textileinzelhandels konjunkturell leicht belebt; auch dem Realwert nach wurde das entsprechende Vorjahrsniveau nur noch wenig unterschritten. Dementsprechend nahm in den letzten Monaten der Auftragseingang in der Bekleidungs- und Textilindustrie im Bundesgebiet zu. Die Beklei-

dungsindustrie reagierte hierauf, indem sie — nach einem kurzfristigen Rückgang in der ersten Jahreshälfte — die seit dem Sommer feststellbare konjunkturelle Ausweitung ihrer Produktion fortsetzte, wenn der Auftragsbestand dabei auch weiter zurückging. Das Produktionsniveau vom Herbst 1957 wurde aber noch unterschritten. Die Produktion der Textilindustrie ist dagegen nach der konjunkturellen Stagnation im Sommerhalbjahr 1958 erneut gesunken. Auch hier blieb die Erzeugung im Herbst hinter dem entsprechenden Vorjahrsstand zurück.

Dieser unterschiedliche konjunkturelle Verlauf der Produktion dürfte im wesentlichen dadurch zustande gekommen sein, daß sich die Fertigwarenlager in der Bekleidungsindustrie wie auch im Textilhandel seit der Jahresmitte mehr und mehr normalisierten, während der Fertigwarenbestand in der Textilindustrie bis in den Spätherbst hinein noch zunahm und als überhöht angesehen wird.

Soweit die Absatzschwierigkeiten der Bekleidungs- und Textilindustrie auslandsbedingt sind, scheinen sie in jüngster Zeit kaum mehr zugenommen zu haben. Die Ausfuhr der Bekleidungsindustrie war in den letzten Monaten nicht geringer als vor Jahresfrist. Zwar hat sich die Einfuhr an Bekleidung beträchtlich erhöht; ihr Anteil an der Inlandsversorgung blieb aber gering (3,4 vH), obwohl er etwas stieg. Die Einfuhr von textilen Halbwaren und Vorerzeugnissen war dem Volumen nach schon im dritten Vierteljahr 1958 nur noch wenig größer als vor Jahresfrist. Gleichzeitig hat der Rückgang der Ausfuhr der Textilindustrie nachgelassen.

Die Anpassung an die neuen Verhältnisse, die durch die Liberalisierungs- und Zollsenkungsmaßnahmen der letzten Jahre für die Textilwirtschaft entstanden, scheint nun weitgehend vollzogen zu sein. Da auch die Endnachfrage nach Bekleidung und sonstigen textilen Erzeugnissen mindestens im Inland voraussichtlich nicht mehr weiter abnimmt, in Reaktion auf den vorangegangenen Rückgang in den nächsten Monaten wahrscheinlich sogar etwas steigen wird, ist für das kommende Jahr mit einer Stabilisierung des Produktionsniveaus zu rechnen. In den von der Vergrößerung des Marktanteils des Auslands betroffenen Bereichen wird es weit tiefer liegen als vor dem Beginn der handelspolitischen Maßnahmen, die auf eine Unterbrechung des Anstiegs der Erzeugerpreise und eine Verstärkung des Qualitätswettbewerbs hinwirken sollten.

#### Ausblick

Die gegenwärtig erkennbaren konjunkturellen Kräfte lassen auch für das erste Halbjahr 1959 ein reales Wachstum der Gesamtwirtschaft in etwa dem gleichen Tempo wie bisher erwarten. Da die auf Stabilität gerichteten Tendenzen in der Preisentwicklung voraussichtlich anhalten, wird sich wohl auch in der nächsten Zukunft der

erfreuliche Zustand ergeben, daß der Realwert der volkswirtschaftlichen Produktionsleistung und die nominale Gesamtnachfrage im gleichen Tempo wachsen.

Zu der befriedigenden Entwicklung der Gesamtnachfrage wird vor allem eine Beschleunigung im Wachstum der Investitionsausgaben beitragen. In der gleichen Richtung wird sicherlich auch die Entwicklung des Staatsverbrauchs wirken. Von der außenwirtschaftlichen Bilanz wird dagegen voraussichtlich kein ins Gewicht fallender Beitrag zum Wachstum der Gesamtnachfrage mehr ausgehen. Unter den gegebenen Umständen werden die privaten Verbrauchsausgaben zwar weiter wachsen, aber etwas hinter der allgemeinen Nachfrageentwicklung zurückbleiben.

Der Arbeitsmarkt wird weiterhin durch konjunkturell steigende Beschäftigung gekennzeichnet sein, so daß die Vollbeschäftigung gesichert bleibt. Die Lage der „schwachen Bereiche“ dürfte

sich zunächst nicht grundlegend ändern. Der Angebotsdruck wird hier in den nächsten Monaten anhalten. Ein Umschwung ist noch am ehesten in der Stahlindustrie zu erwarten, wo der für die Bereinigung erforderliche Lagerabbau in vollem Gange ist.

Die sich abzeichnende Belebung der Investitionstätigkeit fußt in erheblichem Maße auf der Vermehrung und Verbilligung des Kapitalangebots. Vor allem werden die Bauinvestitionen beschleunigt wachsen. Zu einem weiteren leichten Fallen des Zinsniveaus dürfte die nach wie vor zunehmende Spartätigkeit und — in gewissem Umfang — auch die auf Grund der Devisenzuflüsse anhaltende Liquidisierung des Bankapparates beitragen. Als günstig muß unter diesem Aspekt gelten, daß der Bund infolge seiner Kassenentwicklung vorerst keinen Anlaß für eine Beanspruchung des Kapitalmarktes haben wird.

Abgeschlossen in Essen am 12. Dezember 1958

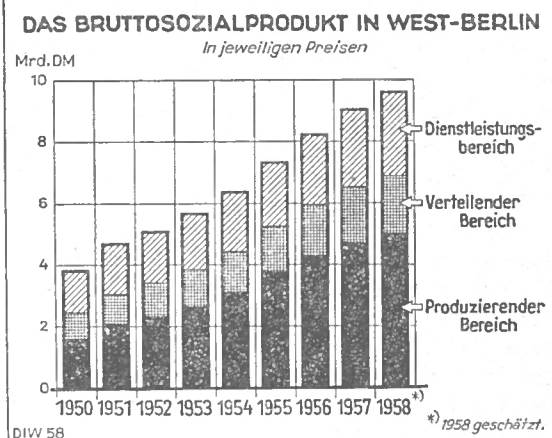
## Die Westberliner Wirtschaft im Jahre 1958

### Kräftige Einkommensbildung

Die Westberliner Wirtschaftsentwicklung zeigte im Verlauf des Jahres 1958 ein ruhiges, in allen großen Bereichen positives Wachstum. Das Bruttosozialprodukt erhöhte sich infolgedessen um nominal 6 vH. Trotz einer wesentlichen Verlangsamung im Anstieg des Preisniveaus innerhalb des Jahres blieb — in Jahreswachstumsraten gerechnet — die Diskrepanz zwischen nominalem und realem Wachstum unvermindert erhalten. Das reale Wachstum des Bruttosozialprodukts betrug somit rund 3 vH.

Für das im ganzen günstige Ergebnis waren vor allem die Zunahme des Privaten Verbrauchs (+ 7 vH) und das stetige Ansteigen des Öffentlichen Verbrauchs (+ 6 vH) ausschlaggebend. Die Investitionen waren dagegen an der Einkommensmehrung diesmal nicht beteiligt, sie hielten etwa das im Vorjahr erreichte Niveau. Die Ausfuhr von Gütern und Diensten, vor allem also die Warenlieferungen nach dem Bundesgebiet, erhöhte sich 1958 weit kräftiger als die Bezüge West-Berlins. Somit verbesserte sich die Quote der durch eigene Westberliner Lieferungen gedeckten Einfuhren. Der Anteil dieser Eigendeckung stieg von 82 vH 1957 auf 84 vH 1958.

Im Gegensatz zum vergangenen Jahr, wo in West-Berlin in besonders hohem Maße von der Rentenreform her eine zusätzliche Anregung für den Privaten Verbrauch ausging, waren 1958 keine konjunkturellen Sondereinflüsse wirksam. Das Wirtschaftswachstum hielt sich deshalb im Rahmen der konjunkturellen Entwicklung West-



deutschlands; hier wie dort betrug der nominale Anstieg des Sozialprodukts rund 6 vH.

Auf Grund dieser Wachstumsrate ist für das Westberliner Bruttosozialprodukt 1958 ein Wert von schätzungsweise 9,6 Mrd. DM zu erwarten. Die an der Entstehung beteiligten Bereiche differierten in ihrer Zuwachsrate etwas stärker als sonst. Mit dem Sozialprodukt fast genau übereinstimmende Zuwachsraten hatten die Industrie, die Energiewirtschaft, das Verkehrswesen, der Einzelhandel und gewisse Dienste (Banken, Versicherungen, Vermittler- und Verleihgewerbe). Ein unterdurchschnittlicher Anstieg zeigte sich besonders ausgeprägt beim Baugewerbe und

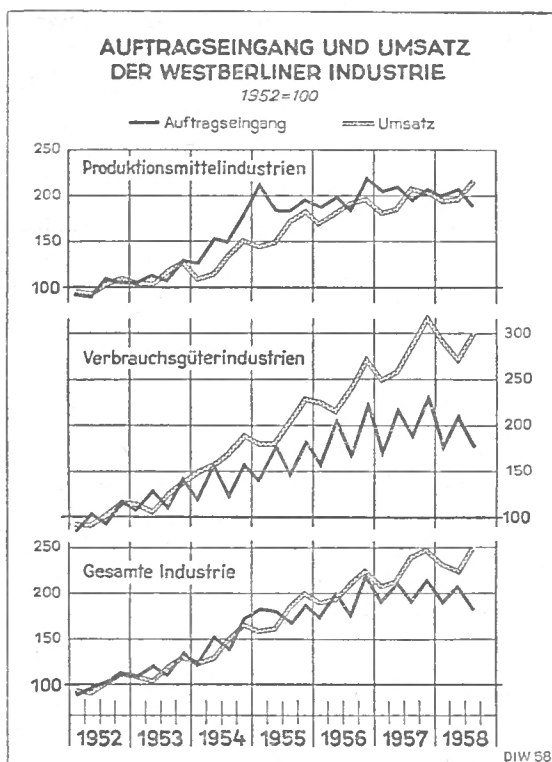
beim Großhandel. Höhere Zuwachsraten als das Sozialprodukt ergaben sich bei den übrigen öffentlichen und privaten Dienstleistungen (Staatsdienste, Hotelgewerbe).

Das West-Berlin zur Verfügung stehende Gesamteinkommen — Nettosozialprodukt zu Marktpreisen zuzüglich der auswärtigen Hilfen — erhöhte sich 1958 ebenfalls um 6 vH. Bei den einzelnen Einkommensarten ergab sich die folgende Entwicklung: Die Arbeitseinkommen stiegen netto um 7 vH und bei Berücksichtigung der Beschäftigungssteigerung (+ 1 vH), also je beschäftigten Arbeitnehmer, um 6 vH. Die Einkommen der Selbständigen und Unternehmer nahmen etwas weniger, um 4 vH, zu. Im Zuge der Abwicklung der Rentenreform wuchs das Sozialeinkommen auch 1958 noch einmal kräftig, nämlich um 11 vH. Die günstige Entwicklung von Sozialeinkommen und Arbeitnehmereinkommen ließ nicht nur — wie schon erwähnt — den Privaten Verbrauch überdurchschnittlich steigen, sondern erlaubte auch eine kräftige Zunahme der Ersparnisse. Die Sparquote ist somit weiter gestiegen. Das Nettoeinkommen der Öffentlichen Hand, aus dem im wesentlichen die Käufe des Staates und der Sozialversicherungen an Gütern und Diensten (zuzüglich etwaiger Verschuldung und abzüglich etwaiger Überschüsse) bestritten werden, ist nicht mehr gewachsen. Die erhebliche Zunahme des Steuer- und Beitragsaufkommens wurde somit ausschließlich für Einkommensübertragungen, also für eine Erhöhung der Renten und Unterstützungen, verwendet.

#### Industrielle Entwicklung differenziert

Die Industrieproduktion erhöhte sich im abgelaufenen Jahre um 4 vH, die industriellen Umsätze um 7 vH. Die Produktionssteigerung blieb zwar deutlich hinter dem Vorjahrszuwachs (+ 6 vH) zurück, war aber immer noch höher als in Westdeutschland (knapp 3 vH). Dabei war die Entwicklung in den einzelnen Industriezweigen diesmal außerordentlich unterschiedlich. Das bislang starke Wachstum in den Verbrauchsgüterindustrien hat sich 1958 spürbar verlangsamt. Der Grund dafür war — wie auch in Westdeutschland — eine rückläufige Bewegung in der Textilwirtschaft. Durch das Zusammenwirken der verschiedensten Faktoren, unter denen die Verlagerung des Käuferinteresses eine besondere Rolle spielte, wurde die Westberliner Bekleidungsindustrie empfindlich getroffen. Die Produktion ging in dieser wichtigen Branche um rund ein Zehntel zurück. Dagegen war die Entwicklung in der ebenfalls sehr bedeutenden Nahrungs- und Genussmittelindustrie nach wie vor expansiv. Das gleiche gilt von der in West-Berlin weitgehend auf die Erzeugung von Verbrauchsgütern ausgerichteten chemischen Industrie. Insgesamt nahm die Produktion in der Westberliner Verbrauchsgüterindustrie noch leicht zu.

Die Produktionsmittelindustrien haben demgegenüber — verglichen mit der Entwicklung im Vorjahr — recht günstig abgeschnitten. Hier stieg die Produktion um 5 vH und damit weit mehr als 1957. Besonders die Berliner Elektroindustrie konnte sich besser als im Vorjahr entwickeln. Im



Maschinenbau ist seit dem zweiten Halbjahr ein starkes konjunkturelles Wachstum festzustellen. In anderen Industriezweigen wie der Feinmechanik und Optik und bei den Gießereien war der Fortschritt nur noch schwach oder waren sogar leichte Rückgänge zu verzeichnen.

Der industrielle Auftragsingang erreichte allerdings kaum noch den Vorjahrsstand. Besonders ungünstig ist er nach wie vor in der Bekleidungsindustrie. Aber auch im Durchschnitt der Produktionsmittelindustrie war die Auftragslage schwächer als im Vorjahr. Infolgedessen haben sich die Auftragsbestände der Westberliner Industrie weiter vermindert. Sie sichern gegenwärtig eine Beschäftigungsreserve von etwa vier Monaten.

#### Weiterhin günstige Arbeitsmarktbedingungen zu erwarten

Dem ruhigen konjunkturellen Wachstum entsprach auch die Beschäftigungszunahme im abgelaufenen Jahr. Im Jahresdurchschnitt lag der Beschäftigungsstand um etwa 10 000 Personen höher als im Vorjahr. Das bedeutet eine Steigerung der Zahl der Arbeitsplätze um etwas mehr als 1 vH. Die Erhöhung betraf sowohl die Dienstleistungsbereiche und die Verwaltung als auch den produzierenden Bereich. Die Beschäftigungssteigerung in der Gütererzeugung wurde allerdings von Entlassungen in der Bekleidungsindustrie beeinträchtigt. Der Beschäftigungsrückgang in diesem Zweige brachte es mit sich, daß die günstige Entwicklung in der Elektrotechnik, in den Nahrungs- und Genussmittelindustrien sowie in der chemischen Industrie teilweise kompensiert wurde.

Die Arbeitslosigkeit ging 1958 weiter in erfreulichem Maße zurück. Im September — dem Monat günstigster Beschäftigungslage — betrug die Zahl der Arbeitslosen rund 60 000 Personen. Im Jahresdurchschnitt betrug die Arbeitslosenquote — gemessen an der Gesamtzahl der Arbeitnehmer — in West-Berlin noch 8 vH. Im Vorjahr hatte die gleiche Quote bei 9 vH gelegen. In absoluten Zahlen gerechnet war die Arbeitslosigkeit um mehr als 10 000 Personen niedriger als 1957. Der Rückgang der Arbeitslosenziffern übertraf damit zum ersten Mal den Beschäftigungsanstieg. In den vergangenen Jahren hatte sich die Erwerbsbevölkerung (selbständig und mithelfend Tätige, beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitslose) in West-Berlin spürbar erhöht. Diese Zunahme der Erwerbspersonen hatte die Verminderung der Arbeitslosigkeit sehr erschwert: Bei der Beschaffung von neuen Arbeitsplätzen waren nicht nur die anfangs vorhandenen Arbeitslosen, sondern auch die zusätzlichen Erwerbspersonen zu bedenken. Diese Zunahme in der Erwerbsbevölkerung scheint sich 1958 nicht mehr fortgesetzt zu haben. Auch im kommenden Jahr spricht alles dafür, daß diese für eine weitere Reduzierung der Arbeitslosigkeit günstige Vorbedingung erhalten bleibt.

Zur Entwicklung des Sozialprodukts in den kommenden Monaten kann mit Sicherheit gesagt werden, daß große Teile der Westberliner Wirtschaft — Handel, Dienstleistungen und Öffentliche Hand — auch im kommenden Jahre ihre positive Entwicklung fortsetzen können. Noch wichtiger für den gesamtwirtschaftlichen Wachstumsprozeß ist aber die Entwicklung der Industrie, die im Jahre 1958 allein einen Anteil von rund 40 vH am Sozialprodukt hatte. Etwa drei Viertel der industriellen Erzeugung gingen dabei an westdeutsche und ausländische Abnehmer. Die Aufrechterhaltung des derzeitigen Produktionsstandes erfordert mithin vor allem die Vergabe von auswärtigen Aufträgen in mindestens dem gleichen Umfang wie bisher.

#### Auch verstärkte öffentliche Initiative erforderlich

Nun dürfen aber in West-Berlin — wo infolge der Insellage die Grenzen zwischen Wirtschaft und Politik fließender sind als anderswo — die Auswirkungen der aktuellen Politik nicht unbeachtet bleiben. In den kommenden Monaten wird das politische Schicksal der Stadt Gegenstand von Verhandlungen sein. Es wird deshalb gerade jetzt darauf ankommen, West-Berlin weiterhin

Vertrauen als zuverlässigem Handelspartner entgegenzubringen und die Geschäftsbeziehungen wie bisher zu erweitern.

Das für die kommende Zeit vordringliche Problem — Sicherung des Absatzmarktes in Westdeutschland und im Ausland — verlangt weitgehendes Zusammenwirken von privater und öffentlicher Initiative. Der hohe Leistungsgrad der Westberliner Wirtschaft wurde von allen auswärtigen Abnehmern seit langem mit ständig wachsenden Aufträgen anerkannt. Die heutige politische Lage erfordert aber zur Erhaltung des Auftragsvolumens — neben der in den letzten Wochen erfreulicherweise bekräftigten Abnahmebereitschaft auswärtiger Käufer — besondere staatliche Maßnahmen.

Zu denken ist hierbei vor allem an eine Verstärkung der direkten Auftragsvergabe westdeutscher öffentlicher Stellen. Dazu sollten auch die für die Auftragsfinanzierung zur Verfügung gestellten Mittel erhöht werden. Sodann wären ergänzende Maßnahmen zur Begrenzung des mit der Ausführung der West-Berlin erteilten Aufträge verknüpften politischen Risikos zu erwägen.

Auch die Investitionstätigkeit in West-Berlin bedarf der Anregung. Dies könnte beispielsweise durch verstärkte Bereitstellung öffentlicher Förderungsmittel und Gewährung höherer Abschreibungssätze bis hin zur Abschreibungsfreiheit für Neuinvestitionen u. dgl. geschehen. Bei etwaigem Rückgang der privaten Investition würden die Pläne für die zukünftige Hauptstadtgestaltung Berlins genügend Möglichkeiten bieten, im öffentlichen Bereich einen expansiv wirkenden Ausgleich zu finden.

Die Öffentliche Hand nahm in West-Berlin auch bisher schon eine zentrale Stellung im Rahmen der gesamten wirtschaftlichen Tätigkeit ein. So bildete die Leistungsfähigkeit der Westberliner Wirtschaft und die stetige Förderungspolitik seitens der eigenen staatlichen Stellen, des Bundes und des Auslandes (USA) die Grundlage für den Erfolg des Westberliner Wiederaufbaus. Es darf diesmal nicht abgewartet werden, ob die Leistungsfähigkeit der Westberliner Wirtschaft allein ausreicht, um die bisher positive Entwicklung bis zur Klärung der politischen Lage durchhalten zu können. Eine Steigerung der wirtschaftlich unmittelbar wirksamen Ausgaben des Landes Berlin und des Bundes würde das Vertrauen zu West-Berlin, und damit seine Absatzchancen sowie seine Investitionsbereitschaft stärken.

*Der nächste Wochenbericht erscheint am 9. Januar 1959*

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 5 und Bonn, Burgstr. 160  
Präsident: Prof. Dr. Ferdinand Friedensburg. *Abteilungsleiterkollegium:* Dr. Gerhard Abeken, Direktor Dr. Ferdinand Grünig, Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krengel, Dr. Hans Liebe, Dr. Herbert Martell, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.  
Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geraniestr. 2.  
Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten, Printed in Germany.  
Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—.

— Diese Doppelnummer umfaßt 12 Textseiten und 1 Zahlenbeilage —



Table with 17 columns: Gegenstand, Gebiet, Einheit, and 12 months (Aug. to Okt.) for 1957 and 1958. Rows include Bevölkerung, Einkommen, Deutsche Bundesbahn, Seeschifffahrt, Luftverkehr, Post- und Fernmeldeverkehr, Einzelhandelsumsätze, Index der Grundstoffpreise, Index der Erzeugerpreise, and Index der Einzelhandelspreise.

\* D = Gesamtdeutschland (einschl. Saarland), BRD = Bundesrepublik Deutschland, SBZ = Sowjetische Besatzungszone, W-B = West-Berlin, O-B = Ost-Berlin  
G-B = Groß-Berlin, Saar = Saarland. - †) E = Monatsende, S = Monatssumme, TD = Tagesdurchschnitt. - Kursive Zahlen: Vorläufig oder geschätzt. -  
o) Berichtigte Zahl.  
1) Lebendgeborene. - 2) Ohne Totgeborene. - 3) Ohne Militär- und ohne Kraftwagenverkehr. - 4) Güterwagen in allen Zügen. - 5) Einschl. Stadtschnellbahnen und  
Obus. - 6) Linien- und Gelegenheitsverkehr, einschl. Bundesbahn und Bundespost. - 7) Ohne Möbel-Fernverkehr, einschl. Güterfernverkehr der Deutschen Bundes-  
bahn; Quelle: BAG, Köln. - 8) Statistische Mitteilungen des Kraftfahrzeugbundesamtes. - 9) Einschließlich Durchgangsverkehr. - 10) Einschließlich des Verkehrs mit  
den Häfen der SBZ und des polnischen Besatzungsgebietes. - 11) Gesamt-Flughafenverkehr (In- und Ausland); Ankunft und Abgang. - 12) Im Nachrichtenverkehr sind  
enthalten: Briefsendungen, Telegramme, Orts- und Ferngespräche. - 13) Auf Grund der Wohnungstatistik vom 25. September 1956 berichtigte Fortschreibung.  
Soweit es sich nicht um Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung handelt, entstammen die Angaben folgenden Quellen: Statistisches  
Bundesamt, Wiesbaden. - Statistisches Landesamt Berlin. - Statistisches Amt des Saarlandes. - Zentralverwaltung für Statistik, Ost-Berlin.